

▷ Fortsetzung von Seite 21

nieren. Unser System eines institutionellen Vieraugenprinzips – Vorortprüfungen durch die Notenbank, rechtliche Beurteilung bei der FMA – ist das Effizienteste. Die in der Reform angedachte Übersiedlung der Legistik von der FMA ins Ministerium, die wäre logisch. Der Gesetzesentwurf hat jedenfalls viel Kritik ausgelöst, laut Rechnungshof entstünden noch mehr Schnittstellen. Ich hoffe, dass die Pause genützt wird, um bessere Lösungen zu finden.

STANDARD: Die Notenbanker haben massiv dagegen protestiert. Sie selbst traten wie ein Robin Hood der OeNB auf, man konnte Sie kaum vom Betriebsrat unterscheiden. So schlimm?

Nowotny: Robin Hood ist ja keine unsympathische Figur, oder? Und man muss schon sehen: Finanzkrisen sind meistens aus Banken entstanden, für die Notenbanken ist die unmittelbare Aufsicht über Banken daher essenziell wichtig. Nicht zuletzt deshalb ist ja auf europäischer Ebene die EZB mit der Bankenaufsicht betraut worden. Mir ging es darum, zu verhindern, dass die OeNB die Verantwortung tragen muss, ohne die nötigen Instrumente dafür zu haben.

STANDARD: Die Krisen von Bawag, Kommunalkredit, Hypo Alpe Adria hat die OeNB nicht verhindert.

Nowotny: Viele dieser Probleme entstanden auch durch eine starke Deregulierung des Sektors und dadurch, dass die Möglichkeiten der Aufsicht beschränkt waren. Rückblickend hätte man manches anders machen können, das konzediere ich. Bei Unzulänglichkeiten muss man Verbesserungen in der Notenbank vornehmen, aber man darf sie nicht ihrer Mittel berauben. Außerdem hört man auch nie von den Erfolgs-, sondern immer nur von den Problemfällen.

STANDARD: Ein paar kurze Fragen. Ihr größter Fehler im Beruf?

Nowotny: Dass ich Generaldirektor der Bawag wurde. Hätte ich gewusst, was mich da erwartet, hätte ich es nicht gemacht. Aber als ich dort war, hatte ich meine Aufgabe zu erfüllen.

STANDARD: Größte Niederlage?

Nowotny: Die Diskussion über die Aufsicht, die aus heiterem Himmel kam und in meinen Augen die Rolle der Notenbank gefährdet.

STANDARD: Das Überraschendste? Dass Notenbanker Elchsalami geschenkt bekamen?

Nowotny: Für mich als Makroökonom war das überhaupt nicht wichtig, sondern eine unerfreuliche Nebensache. Positiv überrascht hat mich die sehr gute Zusammenarbeit zwischen nationaler Notenbank und EZB. Da hatten wir tolle fachliche Diskussionen, und Freundschaften sind auch entstanden.

STANDARD: Das Lustigste hier?

Nowotny: Dass wir viel Zeit mit Fragen des guten Essens in der Messe, der OeNB-Cafeteria, verwendet haben. Aber das Essen ist halt sehr wichtig für die österreichische Seele und laut einer Umfrage unter den Notenbankern die ihnen wichtigste Sozialleistung. Ich finde unsere Kinderbetreuung wichtiger, und dass wir Fernkälte ins Haus gebracht haben.

EWALD NOWOTNY (75) war von 1978 bis 1999 SPÖ-Nationalratsabgeordneter, Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, bis 2005 Vizerektor der Wiener WU und im Vorstand der Europäischen Investitionsbank. 2006 wurde er Chef der krisengeschüttelten Gewerkschaftsbank Bawag, im Herbst 2008 Gouverneur der OeNB. Er ist verheiratet, hat einen Sohn und drei Enkel.

Langfassung: derStandard.at/Wirtschaft



In kalifornischen Häfen wie Long Beach laufen immer weniger Schiffe mit Waren aus China ein.

Handelsstreit wird zum Konjunkturkiller

China hat Vergeltungsmaßnahmen wegen neuer US-Strafzölle angekündigt. Der Konflikt ist auch Gift für Europa. Die Exporte sind auf Talfahrt. Jetzt hängt alles vom Arbeitsmarkt ab.

Andreas Schnauder

Die Lage ist explosiv. Die Weltwirtschaft kühlt sich seit einem Jahr deutlich ab. Einer der Gründe für das schwächere Wachstum: der Handelsstreit, der den Exportmotor bremst. Das verunsichert die Unternehmen, die wegen schlechter Absatzchancen im Ausland die Produktionskapazitäten und geplante Investitionen drosseln. Das bekommt auch Europa zu spüren, obwohl sich der Handelsstreit in erster Linie zwischen China und den USA abspielt.

Die Entwicklung lässt sich ganz gut anhand sogenannter Frühindikatoren darstellen, die auf Umfragen unter Managern basieren. Eines der bekanntesten Barometer ist der PMI, und der weist für Europa nun schon seit sieben Monaten rückläufige Produktionsraten aus. Damit gilt ein weiteres Minus in der Güterherstellung im dritten Quartal dieses Jahres als wahrscheinlich. In Deutschland wird die Wirtschaft zusätzlich von der Schwäche der Autoindustrie belastet.

Demgegenüber läuft es bei den Dienstleistungen nach wie vor recht gut. Die gute Lage am Arbeitsmarkt in Europa hat bisher dazu geführt, dass weiterhin konsumiert wird. Der Handel und andere Services konnten somit den Rückgang in der Industrie teilweise kompensieren. Doch seit Sommerbeginn deuten die Umfragen darauf hin, dass in der Produktion Stellen abgebaut werden. „Ein signifikanter Rückgang bei der Beschäftigung ist der Hauptkanal, über den die Schwäche der Industrie auf die Inlandsnachfrage übertragen werden kann“, schreibt das Analysehaus Oxford Economics in einem Bericht anlässlich der neuen PMI-Daten.

In dieses Bild passen auch die Umfragewerte unter den Managern, wonach die Geschäftsstimmung für die kommenden zwölf Monaten auf den niedrigsten Wert seit Mai 2013 gefallen ist. Oxford Economics rechnet für das dritte Quartal nur noch mit einem Minus von 0,2 Prozent für die Volkswirtschaft der Eurozone. Diesen

Wert hatte die Währungsunion auch im zweiten Quartal erreicht. Das hieße, dass die Wirtschaft zwar sehr langsam wächst, aber in keine Rezession rutscht. Österreich liegt da genau im EU-Schnitt, womit die Bremsung hierzulande nach dem höheren Wachstum im ersten Quartal (0,4 Prozent) noch stärker ausgefallen ist als in der gesamten Union. Dabei ist die Beschäftigung in Europa von April bis Juni noch gestiegen. Doch der Arbeitsmarkt reagiert gewöhnlich zeitlich verzögert auf eine Konjunkturabkühlung.

Strafzölle als Bremsklötze

Als größte Gefahr gilt – wie gesagt – eine Eskalation des ohnehin schon bedrohlichen Handelskriegs. Einerseits kann eine Ausdehnung der US-Strafzölle auf die EU angesichts der Unberechenbarkeit von Präsident Donald Trump nicht ausgeschlossen werden, andererseits wird auch der Konflikt zwischen Washington und Peking immer schärfer. Nach

der vom Weißen Haus angekündigten Ausweitung der Strafzölle auf Einfuhren aus China hat am Freitag die Volksrepublik ihre Vergeltungsmaßnahmen verraten. Die Regierung in Peking will auf amerikanische Waren im Wert von etwa 75 Milliarden Dollar (knapp 68 Mrd. Euro) neue Abgaben zwischen fünf und zehn Prozent erheben, gab das Handelsministerium. Betroffen sind gut 5078 US-Produkte wie Autos, Autoteile, Agrarprodukte, kleine Flugzeuge und Öl. China reagiert damit auf die Ankündigung der USA, ab September auch Einfuhren wie Smartphones, Laptops, Spielkonsolen, Kleider oder Schuhe im Wert von 300 Milliarden Dollar mit Strafzöllen zu versehen.

Zuletzt hat Trump die Maßnahme allerdings verschoben, was Peking aber nicht von der Verhängung von Gegenmaßnahmen ab September abhält. Trump glaubt, China mit den harten Sanktionen zu Konzessionen beim Handel, Patentschutz und anderen wichtigen Punkten zu bewegen.

Novelle zum Glücksspielgesetz verschwand spurlos

Finanzministerium holte Begutachtungsentwurf zurück – Strache will nichts damit zu tun gehabt haben

Renate Graber

Wien – Die Causa Vorstandsbestellung in der teilstaatlichen Casinos Austria AG bringt nun wieder den Entwurf jener Glücksspielgesetznovelle in Erinnerung, die das Finanzministerium Ende Februar 2018 zur Begutachtung ausgeschickt hat. Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie drei Tage später flugs zurückgezogen wurde. Zu hören war nur, es habe ein technisches Problem gegeben.

Ein höchst ungewöhnlicher Vorfall im fürs Glücksspiel zuständigen Finanzministerium unter Hartmut Löger (ÖVP). Man werde den Gesetzesentwurf bald wieder zur Begutachtung versenden, ließ Lögers Staatssekretär Helmut Fuchs (FPÖ) in der Folge immer wieder wissen.

Tatsächlich ward der Entwurf dann nie wieder gesehen.

Nur ein Teil davon soll demnächst umgesetzt werden: Dabei

geht es um die Verlagerung der Zuständigkeit fürs Glücksspiel vom Finanzministerium ans neue „Finanzamt Österreich“ ab 1. Jänner 2020. Dieser Teil der Bestimmungen wurde ins Finanzverwaltungsreorganisationsgesetz 2019 aufgenommen. Selbiges soll der Nationalrat auf Basis eines Fristsetzungsantrags am 25. September beschließen. Heißen soll die Glücksspielstelle „Competence Center Glücksspiel“. „Die gesamte Glücksspielaufsicht des Bundes soll dort gebündelt werden“, wie es in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf heißt.

Und der andere Teil des Entwurfs zur Novelle des Glücksspielgesetzes (GSpG) 2018, der vor allem dem Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel dienen sollte? Den hat offenbar der Bauch des Ministeriums verdaut.

Der Entwurf hatte 2018 viel Aufregung verursacht. Im Kampf gegen verbotenes Glücksspiel im

Internet (die einzige Online-Lizenz hat die Casinos Austria AG; Casag) sollte die Behörde nämlich die Möglichkeit zum sogenannten IP-Blocking eingeräumt bekommen. Gemäß der geplanten gesetzlichen Bestimmung sollten Anbietern von Internetzugangsdiensten („Access-Provider“) behördlich aufgetragen werden können, Webseiten illegaler Glücksspielanbieter zu blockieren, innerhalb von bis zu vier Wochen sollten die dann gesperrt werden.

Nie mehr aufgetaucht

Bockigen Providern hätten harte Konsequenzen gedroht: Die Telekom-Control-Kommission hätte das weitgehende Eingriffsrechte bekommen, bis hin zum Widerruf von Frequenzen.

Ein Vorgehen, das es in anderen EU-Ländern längst gibt, ein Gesetzesvorhaben, das bei den Providern in Österreich für einen Aufschrei sorgte.

Schon damals rätselten Involvierte wie Medien, warum der Entwurf verschwunden war.

Das schon 2018 kolportierte Gerücht bekommt nun angesichts der Ermittlungen in der Glücksspielbranche und gegen (Ex-)FPÖ-Politiker wieder Nahrung: Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) bzw. FPÖ hätten sich gegen den Entwurf quergelegt, auf Straches Wunsch hin sei er auch aus der Begutachtung zurückgeholt worden. Vor allem deshalb, weil in der Novelle keine Möglichkeit für eine zweite Online-Konzession vorgesehen war – auf eine solche hätte die Novomatic reflektiert.

Könnte es so gewesen sein? Im Finanzministerium ist keine Antwort auf die Frage zu erhalten, warum der Entwurf zurückgezogen wurde. Über die Vergangenheit sagt man nichts, so ein Sprecher.

Deutlicher wird der Anwalt von Strache: „Diese Darstellung stimmt sicher nicht.“